

An den
Grossen Stadtrat
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 14. Juni 2005

**Kleine Anfrage Peter Neukomm:
Beteiligung der Gemeinden an den Nationalbankmillionen
(Nr. 8/2005)**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

In einer Kleinen Anfrage vom 8. März 2005 stellt Grosstadtrat Peter Neukomm dem Stadtrat drei Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank.

Die Antwort des Stadtrates basiert auf folgender Ausgangslage:
An der Kantonsratssitzung vom 4. April 2005 wurde die Motion von Markus Müller vom 21. Februar 2005 "Überschüssige Goldreserven sind zum Abbau der Staatsschulden zu verwenden für Kanton und Gemeinden" für erheblich erklärt. Regierungsrat Heinz Albicker führte aus, dass sich der Regierungsrat einer angemessenen Beteiligung der Gemeinden an den 117 Mio. Franken grundsätzlich nicht verschliesst, wobei der Schuldenabbau auf Gemeindeebene für den Regierungsrat im Vordergrund steht.

Er sieht einen Anteil von 20 Mio. Franken als Zuweisung in den bestehenden Finanzausgleichfonds, welcher von den Gemeinden in erster Linie für die Entschuldung im Zusammenhang mit den notwendigen Strukturreformen

(sh.auf) zu verwenden wäre. In zweiter Linie könnte dringender Unterhalt der Infrastruktur (z.B. Kanalisation) mit diesen Mitteln finanziert werden.

Zusätzlich kann sich der Regierungsrat vorstellen, die Gemeinden mit 10 Mio. Franken zur freien Verfügung zu beteiligen. Eine Verteilung könnte über einen Schlüssel nach Einwohnerzahl und Steuerkraft stattfinden. Nach diesem Schlüssel würde die Stadt Schaffhausen rund 4 Mio. Franken erhalten. Hierfür ist aber eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Diese muss die Höhe der Zuweisung der Mittel an die Gemeinden und den Verteilschlüssel enthalten. Die Gesetzesvorlage unterliegt zudem dem Referendum. Der Regierungsrat beabsichtigt, diese Vorlage bis September 2005 dem Kantonsrat vorzulegen.

Wie an der Tagung der Finanzreferentinnen und Finanzreferenten vom 6. Juni 2005 von Regierungsrat Heinz Albicker bekannt gegeben wurde, hat sich an dieser Zielsetzung in der Zwischenzeit nichts geändert.

1. *Welche Haltung hat der Stadtrat zur Frage der Beteiligung der Gemeinden an den 116 Millionen aus den überschüssigen Nationalbankreserven, die noch dieses Jahr dem Kanton zufließen sollen?*

Der Stadtrat unterstützt generell die oben aufgezeigte Absicht des Regierungsrates. Er würde aber eine Aufteilung von je 50% auf Kanton und Gemeinden begrüßen. Weiter ist er der Auffassung, dass die Mittel nicht nur für den Schuldenabbau reserviert werden sollten, sondern auch ein Einsatz für zukunftsgerichtete neue Projekte möglich sein muss.

2. *Welche Alternativen zum blossen Schuldenabbau sieht der Stadtrat bei der Verwendung der Goldmillionen?*

Der Stadtrat hat seit einiger Zeit (Klausurtagung Mai 2002) folgende Überzeugung: Wenn es etwas "einzuteilen" - und nicht "zu verteilen" - gibt, ist es am intelligentesten und für die Gemeinschaft am nützlichsten, dass man rund einen Drittel für den Schuldenabbau benutzt, den zweiten Drittel für nachhaltige Investitionen und den dritten Drittel allenfalls für einen massvollen Abbau der Steuerbelastung einsetzt.

Bei der Steuerbelastung sind in den letzten Jahren diverse Fortschritte erzielt worden oder stehen vor der Realisierung.

- Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Steuersätze von Stadt und Kanton:

	2001	2002	2003	2004	2005
Gemeindesteuer	112 %	109 %	108 %	108 %	108 %
Staatssteuer inkl. Spitalzuschlag	118 %	115 %	113 %	113 %	111 %

- Die Totalrevision des Steuergesetzes (Volksabstimmung vom 27. August 2000) brachte eine generelle Entlastung der Steuerpflichtigen. Für die Stadt Schaffhausen entstanden damit Mindereinnahmen von gut 3 Mio. Franken.

- Ab 2005 sind höhere Abzüge für Familienlasten (Kinderabzüge) wirksam. Die Mindereinnahmen für die Stadt können noch nicht beziffert werden.
- Die laufende Steuergesetzrevision ist von der Spezialkommission fertig behandelt. Entgegen dem Vorschlag des Regierungsrates wird von der Spezialkommission vorgeschlagen die Kopfsteuer beizubehalten, aber den Divisor beim Ehegattensplitting auf 1,9 statt 1,8 festzusetzen. Der Steuerausfall, ab voraussichtlich 2006, wird für die Stadt auf wiederum gut 3 Mio. Franken geschätzt.

Damit ist nach Ansicht des Stadtrates der Forderung für einen massvollen Abbau der Steuerbelastung einstweilen entsprochen. Er beabsichtigt daher, den Anteil der Stadt an den überschüssigen Goldreserven je zirka zur Hälfte für den Schuldenabbau und für nachhaltige Investitionen, wie

- Planungskosten Aufwertung Rheinufer
- Planungskosten und Sanierung Stadthausgeviert inkl. Realisierung Stadtbüro
- Anschubfinanzierung für Infrastrukturvorhaben (z.B. Aufwertung Rheinufer, Areal Bleiche)

einzusetzen:

Die Zusammenfassung eines Teils der Stadtverwaltung im Stadthausgeviert würde es auch ermöglichen, das eine oder andere attraktive Bürgerhaus in der Altstadt als Wohnraum zu nutzen und im Baurecht abzugeben.

3. *Kann der Stadtrat den Investitionsstau bei der städtischen Infrastruktur quantifizieren? Wo stehen überall welche Investitionen und dringende Unterhalts- oder Sanierungsarbeiten an?*

Zur Zeit laufen in der Verwaltung die Budgetierung 2006 und parallel die Erarbeitung der Strategievorlage Finanzen. In diesem Zusammenhang werden auch die Daten zu den anstehenden Investitionen und deren Priorisierung aktualisiert. Der Stadtrat wird daher diese Fragen im Rahmen der Strategievorlage Finanzen in einem Gesamtzusammenhang beantworten.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES STADTRATES



Marcel Wenger
Stadtpäsident



Christian Schneider
Stadtschreiber